

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Bezugspreis für Thoren bei Abholung in der Geschäftsstelle, Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner

Ostdeutsche Zeitung.

Anzeigengebühr

die 5gep. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt. Stelle (unter dem Strich) die Zeile 20 Pf. Anzeigen-Annahme: in der Geschäftsstelle, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachm. Auswärts: Samml. Zeitungen u. Anzeigen-Annahme-Geschäfte.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1 Treppe.

Sprechzeit: 10-11 Uhr Vormittags und 3-4 Uhr Nachmittags.

Fernsprech-Anschluss Nr. 46.

Anzeigen-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.

Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Für den Monat März

bezieht man die

„Thorner Ostdeutsche Zeitung“

nebst

„Illustrirtem Unterhaltungsblatt“

bei allen Postämtern, Ausgabestellen, sowie in der Geschäftsstelle

für 50 Pf. (ohne Bringerlohn).

Vom Reichstage.

39. Sitzung vom 22. Februar.

Die Beratung des Etats des Reichs = Justiz-

am 18 wird fortgesetzt. Abg. Heine (Soz.) kommt auf die gefürchte Neuher-
ung des sächsischen Bevollmächtigten zurück und be-
merkt, das Urtheil des sächsischen Oberlandesgerichts
gegen die Verbreitung von Wahlflugblättern in ein-
zelnen sächsischen Bezirken sei eine direkte Auflehnung
gegen den Willen des Reichstages, wie dieser in der
Gewerbeordnung ausdrücklich niedergelegt worden sei.
Präsident Graf v. Helldorf bezeichnet den Aus-
druck „direkte Auflehnung“ als unparlamentarisch und
unzulässig.

Abg. Heine (Soz.) fährt fort: Thatsächlich habe
das Oberlandesgericht das Gesetz unrichtig angewandt,
im Widerspruch auch zu dem Reichsgericht. Redner
wendet sich dann zu der Resolution Bedt. Er be-
fürwortet eine Entschädigung auch für willkürliche
administrative Inhaftationen. Weiter müsse ein Straf-
vollzugsgesetz gefordert werden, u. A. auch zum Schutz
von in Strafbau befindlichen Redakteuren. Den wegen
Verbreitung von Verurtheilten müsse literarische Selbst-
beschäftigung gestattet werden.

Staatssekretär v. Meiningen (fr. Sp.) entgegnet dem Vor-
redner, daß, so lange ein Reichsgesetz über den Straf-
vollzug nicht besteht, die Einzelstaaten durchaus befugt
seien, zum Erlaß von Reglementen. Was speziell die
Redakteure anlangt, so fielen auch sie unter die allge-
meinen Bestimmungen und die Selbstbeschäftigung sei
auch für sie nur ein Ausnahmefall.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) protestirt grund-
sätzlich gegen die sozialdemokratische Forderung, daß
sozialdemokratische Redakteure im Gefängnis weiter
für die sozialdemokratische Presse arbeiten und mit
dieser in Verbindung bleiben dürfen. Wie die
sozialdemokratische Presse alles Noth vertheiligt, sehe
man aus der Art, wie sie den Löbtauer Prozeß ver-
arbeitet habe. Die Strafe sei keineswegs für einen
solchen Mordversuch (Larue), ja wohl Mordversuch,
so hoch gewesen. Diese Todesurtheile sollten aus Noth-
wehr gehandelt haben? Das wäre ja der reine Hohn
auf die Wahrheit! (Rufe: Dräselwitz.) Die sozial-
demokratische Agitation der Presse hätte fort-
während gehetzt zu solchen Verbrechen. Diese Agita-
toren gehörten ins Zuchthaus. (Zustimmung rechts,
Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soz.) wendet sich gegen
den Abg. Frhr. v. Stumm. Er fragt denselben, ob
er wohl bei der Dresdener Verhandlung Geschworener
oder Zeuge gewesen sei? (Zwischenrufe rechts.) Er,
Redner, wisse ja, daß der Staat die Vorurtheile des
Kavaliers sei! (Große Unruhe rechts und Zwischen-
rufe.) Herr v. Stumm wolle gerne gegen die organi-
sirten Arbeiter. Seien denn aber die in ihren Ringen
organisirten Unternehmer nicht erst recht solche Ver-
brecher, organisierte Verbrecher? Verheißt nicht auch
das nach einem Urtheil des Reichsgerichts gegen die
guten Sitten? Die ganze Rede des Herrn v. Stumm
von Personen außerhalb und innerhalb dieses Hauses
kann nur mit medizinischem Interesse betrachtet
werden.

Präsident Graf v. Helldorf ruft den Redner
wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.

Abg. Stadthagen (Soz.) fortsetzend, kritisiert
die bedingte Begnadigung sehr abfällig und empfiehlt
das System der bedingten Verurtheilung. Weiter
wendet er sich gegen das in den Gesetzentwürfen
noch erhaltene Begnadigungsrecht, welches eine Ver-
höhnung der Reichsgesetze sei. Redner plaidirt schließ-
lich nochmals für ein Strafvollzugsgesetz.

Sächsischer Generalstaatsanwalt Müller bleibt
dabei, daß ein rechtskräftiges Urtheil in diesem Hause
keine solche Kritik erfahren sollte. Es sei doch unbedenk-
lich, daß dieses Haus die rechtliche Seite des Falles be-
urtheilen könne. (Rufe rechts: sehr richtig.) Eine be-
sondere Kritik eines Richterpruches erschüttere das Ver-
trauen in die Rechtspflege. Alle, die ein Interesse
an dem Wohl des Vaterlandes hätten, sollten mit-
wirken, daß Richtersprüche nicht ohne Noth angegriffen
würden. (Beifall rechts.) Redner geht dann auf den
Löbtauer Fall ein. Es sei richtig, daß das, was das
Dresdener Journal veröffentlicht habe, die Anlage-
schrift sei. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Aha!)
Alles, was in dem Dresdener Journal stehe, sei wahr
und entspreche den Thatsachen. (Zuruf links: Es
steht aber nicht Alles darin, es ist Manches ver-
schwiegen.)

Abg. Müller = Meiningen (fr. Sp.) plaidirt für
den endlichen Erlaß eines Strafvollzugsgesetzes. Der
heutige Zustand sei unhaltbar.
Staatssekretär v. Meiningen widerspricht lebhaft
der Ansicht des Vorredners, daß § 18 der jetzt
geltenden Grundsätze für den Strafvollzug eine Manichäe
gegen politische Gefangene ermöglihe.
Donnerstag Fortsetzung der heutigen Beratung.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 22. Februar, 12 Uhr.

Die im Anschluß an das Bürgerliche Gesetzbuch im
Auslaß gestellten Gesetzentwürfe sollen, wie nach längerer
Beratung beschlossen wird, der verstärkten
Justizkommission zur Vorberatung überwiesen werden,
gemäß einem Vorschlage des Oberbürgermeisters
Beder-Höln.

Bei dem Bericht der Kommission über den Geset-
tentwurf betr. Schutzmaßnahmen im Dausengebiet der
linksseitigen Oderzuflüsse in Schleien bewirkt
Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammer-
stein, daß die Aenderung des § 7 der Vorlage,
wonach entgegen dem Vorschlage der Regierung die
Kostenvertheilung bei den Regenerationsarbeiten auf
2/3 für den Staat, 1/3 für die Gemeinde vertheilt
sind, für die Regierung unannehmbar sei.

§ 7 wird in der Kommissionsfassung angenommen,
der Rest der Vorlage wird genehmigt.
Das Frankfurter Synagogengeseß wird debatte-
los erledigt.

Der Gesetzentwurf betr. die Anstellung und Ver-
sorgung der den Konsumbeamten geht an die ver-
stärkte Gemeindefinanzkommission.

Nächste Sitzung anbestimmt.

Haus der Abgeordneten.

16. Sitzung vom 22. Februar.

Am Ministertische: Bredfeld, v. Miquel und Kom-
missarien.
Vom Präsidenten v. Ströcher ist ein Danktelegramm
auf den gestrigen Glückwunsch des Hauses zu silbernen
Hochzeit eingegangen.

Tagesordnung: Erste Lesung des Gesetzentwurfes
betr. den Ankauf der Veranlassungen der
Firma Stantien u. Becker zu Königsberg.
Nach der Vorlage soll der Regierung das Recht be-
willigt werden, bis 9 1/2 Millionen für den Ankauf der
Veranlassungen auszugeben.

Abg. Friedberg (nl.) hat gegen die Vorlage
sozialpolitische und allgemein rechtliche Bedenken und
empfiehlt Vorberatung in einer Kommission.

Abg. Dr. Fröge (fr. Sp.) wünscht eine ge-
naue Rentabilitätsberechnung des Unternehmens. Die
verwendeten Maschinen müssen verbessert, die Arbeiter-
löhne erhöht und die Schichten der Arbeiter verkürzt
werden.

Abg. v. Bredfeld (konf.) steht der Vor-
lage sympathisch gegenüber.
Abg. v. Bredfeld (konf.) wünscht das Zustandekommen der Vorlage.

Abg. Richter (fr. Sp.) meint, nicht bloß die
Arbeiter, sondern auch die kaufmännischen Beamten
müßten mit übernommen und dürfen ohne Grund
nicht entlassen werden.

Minister Bredfeld hält eine Kommissionsberatung
für nöthig, weil es kaum möglich sein werde, die
nöthigen Mittheilungen zur Begründung der Vorlage
im Plenum vorzubringen. Die Berichte mit den
Beamtinnen würden fortgesetzt werden. Die Regierung
sei nicht abgeneigt, von Neuem in eine Verapachtung
einzutreten, wenn ein Pächter sich finde, der die im
Interesse der Bernsteinkonsumenten nöthige Garantie
leiste.

Die Abg. Fleß (Betr.), Dittich (Betr.)
und v. Sander (nl.) billigen die Vorlage.

Abg. Gamp (fr.) wünscht, daß man die Regal-
frage näher erörtere und das Regal, wenn der Staat
es nicht ausüben wolle, der Provinz überweisen
möge. Ferner bittet er die Regierung, sich dafür zu
verwenden, daß das dem Geh.-Rath Becker gehörige Ver-
stein-Museum in Königsberg der Provinz erhalten bleibe.
Minister Bredfeld entgegnet, Herr Becker habe
sich bereit erklärt, das Museum an Königsberg zu
belassen.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.
Hierauf wird die 2. Staatsberatung mit dem
Spezialetat des Finanzministeriums
fortgesetzt. — Hierzu liegt ein Antrag v. Bredfeld-
Babian (konf.) vor: Die Regierung aufzufordern, mit der
Stadt Berlin wegen deren Beteiligung an den Kosten
des Berliner Thiergartens in Verhandlung zu treten.

Abg. v. Arnim (konf.) befragt den Antrag,
Abg. v. Arnim (fr. Sp.) lehnt denselben ab;
man müsse mindestens der Stadt Berlin, wenn sie zu
den Kosten beitragen solle, auch einen Einfluß auf die
Verwaltung sichern.

Reg.-Kommiss. Ministerialdirektor Meinelde fährt
aus, daß eine solche Unterstützung der Stadt eine
Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit sei, da der
Thiergarten im weitesten Maße der Berliner Bevölke-
rung zu Gute komme.

Abg. Schulz = Berlin (fr. Sp.) meint, daß
man solche Mehraufwendungen für den Thiergarten
seitens der Stadt Berlin als Kompensationsprojekt
betrachten würde, um andere Forderungen durchzu-
drücken.

Minister v. Miquel weist diesen Versuch ent-
gegen zurück.

Abg. v. Schner (nl.) stimmt gegen den Antrag.
Der Antrag v. Bredfeld wird abgelehnt.

Bei der Position „Dispositionsfonds der Ober-
präsidenten zur Förderung des Deutsch-
thums in den polnischen Ostprovinzen“ werden
420 000 Mk., d. h. 20 000 Mk. mehr als im Vorjahre,
gefordert, und zwar für die nördlichen Kreise der
Provinz Schleswig.

Abg. Zebien (nl.) dankt der Regierung für die
Einstellung der Mehrforderung.

Abg. Wizer (Pol.) belämpft die Polenpolitik
der Regierung.

Abg. Barth = Kiel (fr. Sp.) meint, mit 20 000
Mark werde man an dem Deutschthum in Nord-
schleswig nicht viel befestigen können; die Summe sei
auch entbehrlich, denn der Oberpräsident sei so ein
tüchtiger Mann, daß er auch ohne diese Summe das
Deutschthum befestigen könne. Redner wünscht Aus-
kunft darüber, in welcher Weise der Fonds verwendet
werden solle. Schließlich bemerkt er noch, er könne
für die Erhöhung des Fonds nicht stimmen.

Abg. Sattler (nl.) wünscht ebenfalls Rechnungs-
legung über den Fonds.

Die Position wird genehmigt.

Bei dem Titel „Dienstverdienstverbesserung für
Unterbeamte und einzelne Kategorien von mittleren
Beamten“ 932 000 Mk.“ wird der Bericht der
Budgetkommission über die betreffende Denkschrift mit
zur Debatte gestellt, und außerdem der Antrag Got-
heim (fr. Sp.): Das Gehalt der unteren Berufs-
beamten I. Klasse der Berg-, Hütten- und Salinen-
Verwaltung auf 1200 bis 1600 Mark in vier Stufen
von je vier Jahren steigend festzusetzen.

Abg. Wiemer (fr. Sp.) ist im großen Ganzen
nicht mit der Denkschrift einverstanden, wohl aber mit
den Einzelheiten. Er wünscht, daß statt der Funk-
tionszulagen Stellenzulagen gewährt werden.

Minister v. Miquel hält daran fest, daß mit den
vorliegenden Aufstellungen die Gehaltserhöhungen
abgeschlossen seien. Dies müsse auch beim Hause als
Grundlag anerkannt werden.

Die Weiterberatung findet am Donnerstag
12 Uhr statt. Vorher steht die Vereidigung der neu
eingetretenen Mitglieder auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Aus gut unterrichteten Kreisen erfährt die
„Deutsche Tagesztg.“, daß der Reichs-
kanzler entschlossen sei, bald nach seinem
Geburtsstage den Abschied zu nehmen und
daß als sein Nachfolger der Petersburger Ge-
sandte Fürst Raschkin bestimmt auserschen sei.
Das Blatt will sich für die Meldung nicht ver-
bürgen.

Der Direktor im Ministerium
des Innern, v. Bitter, ist nach den
„Berl. Neuest. Nachr.“ ernstlich erkrankt und
hat einen dreimonatigen Urlaub angetreten. Mit
Rücksicht hierauf glaubt das Blatt die Nachricht,
daß Dr. v. Bitter zum Nachfolger des Ministers
v. v. Mecke auserschen sei, als haltlose Kom-
bination bezeichnen zu können.

Die Budgetkommission des Reichstags be-
endete am Mittwoch die erste Lesung der Mil-
itärvorlage. Die Beratung bezog sich zu-
nächst auf die in § 2 des Gesetzentwurfs ge-
forderte Erhöhung der Friedens-
präsenzstärke. Bei der Abstimmung
wurde zunächst der § 2 der Regierungsvorlage,
in dem die Friedenspräsenzstärke bis 1904 auf
502 506 Mann festgesetzt wird, abgelehnt.
Ein Antrag Groeber auf Festsetzung der Durch-
schnittsstärke pro Bataillon auf 584 Mann
wurde angenommen. Hierauf wurde die
Vermehrung der Etatsstärke bei der Artillerie
bewilligt.

Im Herrenhause haben die Herren v.
Bülow, Saleske, Dr. v. Levetzow und Schlutow
folgenden Antrag eingebracht: Die königliche
Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken,
daß 1) für die schulentlassene männliche Jugend
bis zum 18. Lebensjahre der Aufenthalt in
Schankstätten verboten werde; 2) die Kommunen bei gleichzeitiger Gewährung
eines Zuschusses aus Staatsmitteln dazu ange-
halten werden, Einrichtungen zu treffen, um
den genannten jungen Leuten es zu ermöglichen,
an Sonn- und Festtagen in angemessener Weise
eine erfrischende und veredelnde Unterhaltung
zu erlangen.

Die Unterrichtskommission des Abgeordneten-
hauses verhandelte am Mittwoch über den An-
trag, die Frauen zum Universitäts-
Studium zuzulassen. Der Regierung-
kommissar theilte mit, daß Verhandlungen

zwischen dem Reich und den Einzelstaaten statt-
finden, ob die Frauen zum medizinischen Studium
und den verwandten Fächern (zahnärztlichem
Studium u. s. w.) zugelassen werden sollen.
Preußen habe sich in diesem Sinne ausgesprochen.
Es sei aber unmöglich, einen Zwang auf die
Professoren auszuüben, daß sie die Frauen zu
ihren Vorlesungen zulassen. Die Kommission
beschloß, über die Petition zur Tagesordnung
überzugehen.

Halbsofortig wird zu verbreiten gesucht, daß,
wenn der Berliner Magistrat nicht die Klage
gegen die Verfassung der Bauerlaubnis für die
neue Einfriedigung im Friedrichshain zurück-
nehme, Bürgermeister Rischner
nicht die Befähigung erlangen und
Berlin demnächst einen Zwangsob-
erbürgermeister erhalten werde.

Als „völlig unannehmbar in
seiner jetzigen Fassung“ bezeichnet die „Deutsche
Tagesztg.“ den Fleischschau-Gesetzent-
wurf. Mit der Ermächtigung des Bundes-
raths, Untersuchung ausländischen Fleisches
ganz zu unterlassen oder einzuschränken, lasse
sich alles machen. Diese Bestimmung enthalte
„eine geradezu haarsträubende Bevorzugung“
des ausländischen Fleisches. Für den Bund
der Landwirthe sei „das Gesetz nur annehmbar,
wenn alle die Bestimmungen bezüglich der
Einfuhr ausländischen Fleisches durch den einen
Paragraphen ersetzt werden: „Alle Bestimmungen
dieses Gesetzes gelten ebenso für das aus dem
Auslande einzuführende Fleisch“.

Eine Königsberger Exportfirma hatte einer
dänischen Firma die Vertretung ihrer Artikel
angeboten, erhielt darauf aber den folgenden
ablehnenden Bescheid: „Ihr sehr Geachtetes vom
10. d. Mts. ist in meinem Besitz und danke
ich Ihnen für Ihr Zutrauen, dadurch, daß Sie
mir Offerte machen. So lange aber die Aus-
weisungen in Schleswig-Holstein
fortgesetzt werden, wird hier Niemand Waare
von Deutschland kaufen. Ich habe schon lange
meine Verbindungen mit Deutsch-
land abgebrochen und kann aus diesem
Grunde auch ihre Vertretung nicht annehmen.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

In Ungarn hat der präsidentive Minister-
präsident Koloman Szell mit den Führern der
Opposition bereits konferirt und das größte
Entgegenkommen gefunden. Es ist begründete
Hoffnung, daß sowohl der Kompromiß, als auch
die Kabinettsbildung bis Ende dieser Woche
beendet sein werden.

Frankreich.

Die ihrem wesentlichen Inhalt nach bereits
mitgetheilte Botschaft des Präsidenten
ersucht den Senat und die Kammer um Mit-
hilfe. Douhet verspricht als Gegenleistung:
„Sie dürfen darauf rechnen, meine Herren, daß
ich den festen Willen habe, alle meine Kräfte
dem Schutze der Verfassung zu widmen; als
Pfand dafür dient Ihnen meine unabänderliche
Hingabe für die Republik.“ Besonderen Bei-
fall fand die Erwähnung des ruhigen Verlaufs
der Neuwahl unter schwierigen Verhältnissen:
„Die in wenigen Stunden nach dem plötzlichen
Ableben der theuren und betrauernten Präsidenten
Felix Faure vollzogene regelrechte Uebergabe der
Gewalten ist in den Augen der ganzen Welt
ein neuer Beweis der Treue Frankreichs für
die Republik gewesen, in dem Augenblicke sogar,
wo einige Verirrte das Vertrauen des Landes
in seine Einrichtungen zu erschüttern suchten. ...
Im Laufe der vorübergehenden Schwierigkeiten
ist Frankreich durch die Kaltblütigkeit, die Würde
und den Patriotismus des Parlaments in der
Achtung der Welt gewachsen. Weshalb soll
man nicht hoffen, daß dasselbe Einvernehmen
auch bezüglich unserer inneren Angelegenheiten
hergestellt werden könnte? Die Botschaft schließt:
„Ich werde glücklich sein, wenn ich dank der
von mir mit allen Kräften zu fördernden Einig-
keit, innerhalb der Grenzen meiner verfassung-
mäßigen Rechte, die ich mir nicht schmälern

lassen werde, zu der Verwirklichung unserer gemeinsamen Hoffnungen und zur Befestigung der Republik beitragen kann." — In der Pariser Presse findet die Botchaft eine sehr getheilte Aufnahme. Die radikalen und sozialistischen Blätter erklären, sie seien von der Botchaft vollauf befriedigt. Die gemäßigten und konservativen Organe bezeichnen die Botchaft als vage und nichtsagend und tadeln insbesondere, daß Doubet nicht rückhaltlos versprochen, die Dreyfus-Agitation zu bekämpfen.

Spanien.

Im Senat wiederholten sich am Dienstag die stürmischen Szenen vom Tage vorher. Graf Almenas klagte den General Mares, welcher die Unterzeichnung der Kapitulation von Santiago von Santiago anbot, des Verraths an.

Kongofaak.

Die Truppen des Barons Dhanis haben nach einer Brüsseler Meldung Kalambare wiedererobert, die Aufständischen auf der Flucht verfolgt und geschlagen. Die Niederlage der Aufständischen sei von Bedeutung, wenn sie auch keine entscheidende gewesen sei.

Philippinen.

Laut Mittheilung des Generals Otis ist am Montag eine kleine Schaar von Aufständischen, welche im Dien der Stadt Manila stand, unter beträchtlichen Verlusten zurückgeworfen worden.

Provinzielles.

Culm, 21. Februar. Bei Graben nach Fundamentsteinen ist man auf dem bekannten Gräberfeld bei Rabus am "Sorenberg" (Schwedenhöhe) auf ein vollständig erhaltenes Fundament mit Gewölben gestoßen. Die Ziegeln sind außergewöhnlich dick und stark und erinnern an die Bauten des deutschen Mittelalters. Auch sind an der Fundstelle viele Münzen gefunden worden. Auf einer Kupfermünze, deren Prägung besonders deutlich ist, liest man: Solid, Civitat, Elbing 1763. A. R.

Brandenburg, 21. Februar. Zehn Personen, die in der hiesigen Zeitung "Gazeta Grubziadza" beschäftigt werden, erhielten eine gerichtliche Vorladung zu Sonnabend früh vor den Untersuchungsrichter. Sie wurden über den Buchdruckerbesitzer Kulski befragt, ob derselbe speziell für die "Gazeta Grubziadza" arbeite, welche Artikel er für die "Gazeta Grubziadza" zu schreiben pflege, ob er oder der verantwortliche Redakteur Majerski die Reihenfolge der Artikel anordne u. s. w. Die vorgeladenen Seher forberten nun, daß ihnen der intimirte Artikel vorgelegt würde. Darauf wurde den Sehern eine gedruckte deutsche Uebersetzung des Artikels vorgelegt, die Seher und Beherlinge erklärten aber, daß sie aus der deutschen Uebersetzung den Artikel nicht wiedererkennen könnten. Es scheint, daß gegen die erwähnten zehn Personen ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet werden soll.

Neuenburg, 21. Februar. Dieser Tage ist hier in einer Versammlung die Gründung einer höheren Knabenschule beschlossen worden, in der nach dem Lehrplan des Gymnasiums unterrichtet werden soll. Bis jetzt sind 15 Schüler vorhanden.

Marientwerder, 21. Februar. Der Wunsch, ein geeignetes Theater zu erhalten, scheint jetzt der Erfüllung näher zu rücken. Bauunternehmer Paul Bastowski hat das Recht an der Stadt gelegene Rosenschke Grundstück mit ausgedehnten Gartenflächen für 23 000 Mk. angekauft und beabsichtigt, hier ein modernes Gesellschaftshaus zu errichten, verbunden mit großem Saal und einem der Reizeit entsprechenden, mit Gallerien und Logen ausgestatteten Theater. Die Kosten des Unternehmens werden auf 200 000 Mark veranschlagt.

Dr. Stargard, 20. Februar. Zum Direktor der hiesigen höheren Mädchenschule wurde vor kurzem Herr Köpcke, Rektor der Volksschule, gewählt. Die Königl. Regierung in Danzig hat nunmehr die Wahl bestätigt.

Danzig, 22. Februar. Heute Vormittag fand eine Besichtigung der Anlagen des neuen Freibezirks statt. Als der Tag der Eröffnung des Freibezirks ist, wie wir bereits gemeldet haben, Mittwoch, 5. April bis jetzt bestimmt in Aussicht genommen.

Allenstein, 20. Februar. Die Steuerkontrollleurin Minna Gohlwein erschien am 23. Dezember v. J. in dem hiesigen Waarenhaus, um Einkäufe zu machen. Als sie sich unbeobachtet glaubte, nahm sie von dem Ladentisch eine Kasse im Werthe von 7 Mark und verberg dieselbe unter dem Umhang. Der ganze Vorgang war aber beobachtet worden; sie mußte den Stoff sofort zurückgeben. Heute bestritt die Entschieden den Diebstahl, wurde aber auf Grund der Beweisaufnahme zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt.

Znowobrazlaw, 22. Februar. Am heutigen Tage erledigte die Stadiverordneten-Versammlung den Armenetat für das nächste Jahr. Derselbe beträgt 37 700 Mk.; 26 100 Mk. hiervon entfallen auf Armenunterstützung.

Posen, 22. Februar. Wegen Verleumdung des Oberpräsidenten von Posen ist bekanntlich der Chefredakteur Goldbeck von der "Pol. Ztg." zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Im Laufe der Verhandlung hatte der Verteidiger einen Brief des Staatssekretärs Grafen v. Posadowsky an den Angeklagten vorgelegt, worin dieser gebeten wird, an der von der Regierung in die Wege geleiteten Reform der wirtschaftlichen Verhältnisse der Provinz Posen mitzuarbeiten. Im Anschluß daran behauptet der Angeklagte, daß er im Sinne dieser Zeilen gegen den Oberpräsidenten vorgegangen sei, da er in diesem ein starkes Hindernis auf dem Wege zu diesen Reformen erblickt habe. Goldbeck hat übrigens bereits die Revision des Urtheils angemeldet.

Lokales.

Thorn, den 23. Februar.

— **Ordnungliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, Mittwoch, den 23. Februar, Nachmittags 3 Uhr.** Anwesend sind: Bürgermeister Stachowicz, Syndikus Relch, Stadtbaurath Schulze, Oberförster Bähr, Stadträthe Borkowski und Fehlaue sowie 28 Stadtverordnete. — Zunächst erfolgt die Einführung und Verlesung des wiedererwählten Stadtverordneten Lambek durch Bürgermeister Stachowicz und Stadtverordneten-

Vorsteher Professor Voethle. — Für den Verwaltungsausschuß berichtet dann Stadtbaurath Uebrecht zunächst über die Regelung der Straßen beim neuen Amtsgerichtsgebäude. Die 21 860,10 M. betragenden Kosten des Ausbaus dieser Straßen sollen nach dem zwischen dem Magistrat und dem Justizfiskus abgeschlossenen Vertrage so repartiert werden, daß die Stadt 15 145,70 M., der Justizfiskus dagegen nur 6 214,40 M. trägt. Der Ausschuß schlägt demgegenüber vor, den vom Magistrat empfohlenen Vertrag abzulehnen und die Kosten für den Ausbau der Straßen zwischen Stadt und Justizfiskus zu halbieren, da der Justizfiskus von der Anlegung der Straßen den Hauptvorteil habe, während die Stadt vorläufig gar kein Interesse daran hat. Die Stadt habe dem Justizfiskus überdies ja den Platz geschenkt, so daß dieser bei einer Halbierung der Kosten noch erheblich im Vortheil sei. Beabsichtigt sei, den in der Straße anzulegenden Kanal mit Rücksicht auf eine spätere Bebauung des umliegenden Geländes von vornherein größer anzulegen. Syndikus Relch empfiehlt den vom Magistrat vorgeschlagenen Vertrag zur Annahme. Bei Ertheilung des Baukonsenses habe man dem Justizfiskus anfänglich die Straßenbaulast auflegen wollen. Auf Veranlassung der Königl. Regierung sei aber der Konsens unter Vorbehalt der Regelung dieser Lasten ertheilt worden. Es handle sich hier vor allem um die Frage, ob der Ausbau der Straßen als Straßenneubau oder Ausbau alter Straßen zu betrachten sei. Die Stadt sei der Ansicht, daß es sich hier um einen Neubau von Straßen handle, so daß der Justizfiskus nach dem bestehenden Ortsstatut alle Baukosten zu tragen hätte. Der Justizfiskus behauptet dagegen, es handle sich dabei nur um die Verlegung einer alten Straße, da die Linie schon jetzt als öffentlicher Weg benutzt werde. Der Magistrat hielt diesen Einwand zwar nicht für berechtigt, glaubte aber, dem Justizfiskus entgegen kommen zu sollen, was nach dem Ortsstatut auch gestattet sei, und zwar insbesondere mit Rücksicht darauf, daß das gegenüberliegende Terrain nicht bebaut, sondern mit Gartenanlagen versehen werden soll, so daß der Justizfiskus nicht in der Lage ist, wie jeder Privatmann, später einen Theil der verauslagten Kosten von andern Anliegern zurückzufordern. Stadtbaurath Uebrecht: Der Einwand des Fiskus, daß es sich um einen Ausbau alter Straßen handle, habe viel für sich. Seiner Ansicht nach sei aber der Umstand wichtiger, daß die Stadt f. Z. dem Fiskus den Bauplatz geschenkt habe, um die bisher von ihm benutzten Räume des Rathhauses freizubekommen. Bei Annahme dieses Geschenks habe der Fiskus jedenfalls nicht vorausgesehen, daß ihm daraus noch besondere Kosten erwachsen würden, und es sei nicht ausgeschlossen, daß das Amtsgericht noch weiter im Rathhause verbleiben wäre, wenn der Fiskus die ihm durch den Straßenbau erwachsenden Kosten vorausgesehen hätte. Stadtbaurath Uebrecht ist für die Ablehnung des Magistratsantrags. Bisher habe der Fiskus stets seinen Vortheil ordentlich wahrzunehmen gewußt, und die Stadt sei dabei immer zu kurz gekommen, so daß sie viele schöne Plätze fast ohne Entschädigung losgeworfen sei. Stadtbaurath Uebrecht: Es handle sich hier nur um die Frage, ob man dem Fiskus entgegenkommen wolle oder nicht, und der Umstand, daß der Fiskus lange Jahre hindurch das Rathhaus fast unentgeltlich benutzt und von der Stadt obendrein den Bauplatz geschenkt erhalten habe, sei kein Grund, von dem bestehenden Ortsstatut abzuweichen. Wenn gesagt werde, daß der Fiskus bei Annahme des Geschenks von der Straßenbaulast keine Kenntniß gehabt habe, so sei das seine eigene Angelegenheit. Er hätte sich wie jeder Privatmann darum kümmern müssen. Redner fragt, ob bei der Bebauung der Wilhelmstadt vielleicht der Fall vorgekommen sei, daß die Stadt einem Bürger die Straßenbaulast erleichtert habe. Wenn dies nicht der Fall wäre, dürfe auch der Justizfiskus nicht bevorzugt werden, vielleicht lasse sich aber mit Rücksicht auf den größer anzulegenden Kanal eine Modifikation treffen. Syndikus Relch: Nach der Rechtslage sei der Fiskus allerdings verpflichtet, die Straßen auf eigene Kosten auszubauen. Man sei aber beim Ausbau der Wilhelmstraße auch anderen schon entgegengekommen, indem die Stadt von der Firma Ullmer und Kain nur die Hälfte der Straßenbaulasten einjog und sich bezüglich der andern Hälfte an den Militärfiskus halten will. Bürgermeister Stachowicz: Es sprächen manche Momente dafür, dem Justizfiskus ein größeres Entgegenkommen als einem Privatmann zu zeigen. So hätte der Justizfiskus vielleicht aus dem Umstand, daß ihm ein Theil der Grabenstraße zur Bebauung überlassen worden sei, annehmen können, daß die Stadt an Stelle dieser eine andere Straße anlegen werde. Stadtbaurath Uebrecht: Wenn der Justizfiskus an Stelle der ganzen Straßenbaulast nur die Hälfte zu übernehmen brauche, so sei das schon ein sehr großes Entgegenkommen. Stadtbaurath Schulze meint, wenn die Stadt die Hälfte der Straßenbaulasten trage, und außerdem noch den

vergrößerten Kanal baue, der doch der Stadt allein zu Gute komme, so werde es auf dieselben Kosten herauskommen, wie bei Annahme des vom Magistrat vorgeschlagenen Vergleichs. Die Hälfte der Straßenbaulasten müßte die Stadt schon deshalb tragen, weil die gegenüberliegende Seite, wo die Anlagen hinkommen, im Besitz der Stadt bleibe. Stadtbaurath Uebrecht tritt nochmals für den vorgeschlagenen Vergleich ein. Stadtbaurath Uebrecht hält die zum Sinken des Fiskus angeführten Argumente nicht für durchschlagend. Der Fiskus habe f. Z. als es sich um den Auszug aus dem Rathhaus handelte, auch noch 7000 Mk. verlangt und habe trotz der Ablehnung dieser Forderung doch seinen Auszug beschloffen. Ein weiteres Entgegenkommen als eine Halbierung der Kosten sei nicht erforderlich. Stadtbaurath Uebrecht sucht durch Berechnung der Kosten für den anzulegenden Kanal nachzuweisen, daß man dem Fiskus bei Annahme des Magistratsvorschlages zu dem Bauplatz noch 4000 Mk. schenke. Stadtbaurath Schulze betont demgegenüber, daß das Geschenk des Bauplatzes keinen Werth gehabt hätte, weil der Fiskus zur Fundierung vielleicht 30 000 M. mehr gebraucht habe als anderwärts. Der Magistratsantrag wird dann gegen zwei Stimmen abgelehnt. Auf eine Anfrage entgegnet dann Syndikus Relch, daß bei Annahme des Ausschussesantrages der Fiskus selbstverständlich auch zu den später etwa erwachsenden Straßenbaulasten die Hälfte der Kosten beizutragen hätte. Die Stadtverordneten Kronsohn, Korbes und Leutke stellen den Antrag, der Magistrat möge mit dem Justizfiskus in neue Verhandlungen eintreten auf der Grundlage, daß Stadt und Fiskus die Kosten zu gleichen Theilen tragen. Dieser Antrag wird schließlich angenommen mit dem Hinzufügen, daß sich die Stadt den Beschluß bezüglich der später etwa erwachsenden Kosten vorbehalte. — Bei der durch Stimmzettel erfolgten Wahl des unbefehlten Beigeordneten (2. Bürgermeister) wird Bürgermeister Stachowicz mit 27 Stimmen wiedergewählt, 1 Stimme fällt auf Oberbürgermeister Dr. Rohlf. — Der Zuschlag zur Lieferung von Feldsteinen zur Unterhaltung der städtischen Chaussees wird Herrn Steinleckermeister Großer ertheilt, welcher mit Ausnahme einer geringen Differenz bei einer Steinart am wenigsten forbert. — Für die Einrichtung eines massiven Treppenhauses im nördlichen Flügel der II. Gemeindegasse werden 4000 Mk. bewilligt. Die jetzige Anlage, welche in einer schmalen Holzterasse besteht, ist durchaus ungenügend. — Von der Wahl des Hausvaters des Kinderheims, Logan, zum Spritzenmeister der Ziegeleiprize wird Kenntniß genommen. — Zur Regulierung und theilweisen Bepflanzung der Lehmgrube im Ziegeleiwäldchen, welche nach Einstellung des Betriebs der Ziegelei an die Forstverwaltung übergeht, werden 500 Mark bewilligt. — Zum Anschluß der Wasserleitung des Schlachthauses an die neuerlegte Druckrohrleitung zur Viehhofstraße werden 600 Mk. und zur Ausführung einer Zuleitung für das Verwaltungsgelände des Schlachthauses werden 57,50 Mk. bewilligt. — Von der endgültigen Anstellung des Polizeiergeanten Jüttlau wird Kenntniß genommen. — Die hiesige Friedrich-Wilhelm-Schützenbruderschaft hat den Magistrat gebeten, zu den Veranlassungen zu dem in diesem Sommer hier stattfindenden Provinzialbundeschießen, zu welchem sechs bis siebenhundert auswärtige Schützen erwartet werden, einen Beitrag von 5000 Mk. zu leisten, da die nöthige Auffstellung der Schießstände und der geplante historische Festzug erhebliche Kosten verursachen werden. Magistrat und Ausschuß beantragen die Bewilligung von 3000 Mk. Bürgermeister Stachowicz bittet diesen Betrag zu bewilligen. In Thorn fanden selten derartige Feste statt, und da dürfte sich die Stadt nicht zurückhalten. Stadtbaurath Korbes vermisst einen Kostenanschlag. Bürgermeister Stachowicz entgegnet, daß ein solcher noch nicht aufgestellt werden konnte, daß die zu errichtenden Schießstände aber allein gegen 15 000 Mk. kosten würden und der Beitrag der Stadt demnach nicht nennenswerth sei. Stadtbaurath Uebrecht meint, die Schießstände sollten für die Stadt erhalten bleiben. Stadtbaurath Uebrecht beantragt, den Beitrag auf 4000 Mk. zu erhöhen. Stadtbaurath Uebrecht: Die Schießstände würden nur provisorisch aufgestellt, um eine Nachforderung zu vermeiden, bitte er, gleich 4000 Mk. zu bewilligen. Bürgermeister Stachowicz meint, der Magistrat würde einem solchen Beschlusse auch zustimmen. Stadtbaurath Uebrecht ist auch für eine Bewilligung von 4000 Mk. Soviel habe die Stadt Marienburg beim letzten Provinzialbundeschießen auch bewilligt. Der Antrag Mehrlein wird jedoch abgelehnt und der Magistratsantrag angenommen. — Zum Bau eines Anschlußgeleises von der Inkerburger Bahn nach dem Schlachthause werden 57 500 Mark gefordert. Aus der beigegebenen Erläuterung ergibt sich, daß der Bau ursprünglich auf 43 000 Mk. veranschlagt war. Die Erhöhung ist dadurch entstanden, daß für den

erforderlichen Grund und Boden nicht, wie angenommen, durchschnittlich 50 Pfg., sondern bis zu 4 Mk. pro Quadratmeter gefordert wurden. Die Unterhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung schweben bereits seit dem Jahr 1895. Von der Ausführung der Anlagen erhofft man eine bedeutende Hebung des Schlachthausbetriebes, da dann das Vieh, insbesondere Schweine, direkt ohne Umladung nach dem Schlachthaus gebracht werden könnten. Anfangs habe man die Absicht gehabt, das Geleis vom Stadtbahnhof aus zu legen und die Ueberführung mittels einer Drehscheibe zu bewerkeln. Nach dem vorliegenden Plan hat das Geleis direkten Anschluß an die Thorn-Inkerburger Bahnstrecke. Die Betriebs- und Unterhaltungskosten sowie Verzinsung und Amortisation erfordern jährlich 2939,40 Mk. Auf eine Anfrage des Stadtbaurath Uebrecht, ob nicht auch in der Nähe liegende Fabriken an das Geleis angeschlossen werden können, entgegnet Stadtbaurath Schulze, daß dies Sache späterer Verhandlungen sei; erst müsse das Geleis gebaut werden. Auf eine Anfrage des Stadtbaurath Korbes entgegnet Stadtbaurath Fehlaue, daß die Fracht von dem Hauptbahnhof nach dem Schlachthaus 1 Mk. pro Waagon und die Ueberführungsgelöhne 1,10 Mk. kosten würde. Die geforderten 57 500 Mk. zum Bau des Geleises werden dann bewilligt; die Summe soll arbeitsweise aus der Schlachthauskasse entnommen werden. — Ein Besuch des Schiffbauemeisters Sonott um Erlaß der Miete für den Schiffbauwerkplatz für 1. Oktober 1898 bis 1. April 1899 mit 200 Mk., welches damit begründet ist, daß der Platz verpachtet sei und die davor lagernden Traften ein Herankommen der reparaturbedürftigen Schiffe verhindert, wird abgelehnt. — Der Haushaltsplan für die städtische Uferverwaltung für 1. April 1899/1900 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 28 450 Mk. (23 460 Mk. i. B.) ab. Bei den Einnahmen ist der vom Militärfiskus für die freie Benutzung der Weichselfähre seitens des Militärs zu zahlende Beitrag von 900 Mk. i. B. auf 1350 Mk. gestiegen. Die Mieteinnahme von dem Ganotischen Schiffbauwerkplatz kommt in Fortfall, weil die Stadt den Platz selbst in Benutzung nimmt. Bei den Ausgaben ist die Versicherungssumme der Brücke über die kleine Weichsel von 120 i. B. auf 30 Mk. gesunken. Zur Unterhaltung und Verbesserung der Weichselfähre sind 650 Mk. (750 i. B.) eingestellt. Für die Unterhaltung der Ueberbahn werden 1500 (1200 Mk.) erfordert. Der an die Kammereikasse abzuführende Uebertrag beträgt 3340 Mk. (6510 Mk.). — Der Haushaltsplan des städtischen Schlachthauses für 1. April 1899/1900 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 64 770 Mk. (68 130 Mk.) ab. Die Schlachthausgebühren sind mit 51 640 Mk. (55 010 Mk.), die Schaugelühren mit 9335 Mk. (10 805 Mk.) eingestellt. Für ausgelagertes Fleisch werden 515 Mk. (180 Mk. i. B.) angenommen. Außerdem sind 300 Mk. Miete für Fleischzellen im Schlachthaus neu eingestellt. — Ein Besuch des Rentiers Adolf Jakob wegen Ermäßigung des Wasserzinses pro 4. Quartal 1898 hat der Magistrat abgelehnt, da der an der Wasserleitung entstehende Schaden, durch welchen 300 Kubikmeter Wasser verloren gingen, nicht sofort angezeigt worden ist. Die Versammlung beschloß, ebenso wie in früheren Fällen, dem Antragsteller das verlorene Quantum Quantum Wasser nur mit 10 Pfg. statt mit 25 Pfg. pro Kubikmeter anzurechnen. — Die Einrichtung von Gasbeleuchtung in den Kasernen am rechten Weichselfufer wird genehmigt. Die von der Stadt zu tragenden Zuleitungskosten betragen 3313 Mk., die Einrichtungskosten, welche der Militärfiskus trägt, betragen 41 642 Mk. — Von dem Betriebsbericht der Gasanstalt pro Dezember 1898 wird Kenntniß genommen. — Der Verlängerung des Vertragsverhältnisses über den Lagerraum 10 im Lagerschuppen 1 mit dem Kaufmann Rawitzki zum Preise von 240 Mk. statt bisher 250 Mk. wird zugestimmt. — Die Erhöhung der an die sechs Spritzenmeister zu zahlenden Entschädigung für je eine Nachtwache von 2,50 auf 3,50 Mk. vom 1. April d. J. ab wird mit Rücksicht darauf, daß die Betreffenden in der Nacht fast keine Ruhe haben, bewilligt. — Für die Pflasterung und Chausseierung der Kirchhofstraße werden 13 000 Mk. in drei Jahresraten gefordert. Die erste Rate soll in den neuen Etat eingestellt werden. Auf eine Anfrage des Stadtbaurath Uebrecht, wie weit die Pflasterung beabsichtigt sei, entgegnet Stadtbaurath Schulze, daß die Straße bis zum Kirchhof gepflastert, längs des Kirchhofs aber gepflastert werden solle. Die Pflasterung sei beabsichtigt so weit in Aussicht genommen, weil bis zum hiesigen Proviantamtschuppen stets schwere Fuhrwerke fahren, die den gepflasterten Weg bald zerstören würden. Auf eine Anregung des Stadtbaurath Uebrecht, den ganzen Weg zu pflastern, entgegnet Stadtbaurath Schulze, dies sei nicht erforderlich, weil längs des Kirchhofs kein Wagenverkehr sei und auch das Wasser dort guten Abfluß habe. Eine Pflasterung

Thorner Ostdeutschen Zeitung.

Freitag, den 24. Februar 1899.

Des Königs Pflögel.

10

Historische Erzählung von Hermann Hirschfeld.
Nachdr. verb.

Nie hätte er in unsere Verbindung gewilligt, und hätte er gar gewußt, daß sie gegen seinen Willen längst vollzogen war, er hätte mich enterbt und verflucht. Um der Geliebten halber, um des Knaben willen, den sie mir geboren, mußte die heimlich vollzogene Ehe ein Geheimnis bleiben. Ein stilles, entlegenes Jagdschloß mitten im Walde, hier in dieser Gegend, ausgestattet mit jeder Bequemlichkeit, wohlbewacht durch treue Pförtner, barg unser Glück.

Länger als man gedacht, schleppte Graf Michael seine Tage im Siechtum hin, das vierte Jahr hatte mein holder Knabe erreicht als der Tod den Oheim von seinen Leiden erlöste. Jetzt war ich Herr meines eigenen Handelns und reich, zu dem fernen Schloßchen flog meine Seele vom Sterbebett des Oheims. Zu jener Zeit trat eben Stanislaus Leszczyński seine Flucht aus Polen an, dem unglücklichen von innerem Krieg zerrissenen Vaterlande.

Er war einst mein Freund gewesen, ich schätzte seine weiche Seele, sein gutes Herz. Zu einem König tauchte er nimmer, am wenigsten zu einem Polenherz. Aus Ueberzeugung, nicht aus Ehrgeiz, oder gar selber nach der Krone lüsten, die er der Gunst des schwedischen Karl verdankte, ward ich sein Gegner, und mein innerer Groll gegen Stanislaus wuchs, je mehr des Bürgerkampfes unheiliger Zwiespalt das arme Vaterland um seinetwillen zerklüftete. Räuber und Mordbrenner nahmen die Politik zum Deckmantel ihrer Schandthaten, Furchtbare ward verübt im Namen Stanislaus Leszczyński, dessen Güte ihn bei dem niederen Stande populär gemacht. Ich bangte um Weib und Kind in der Waldeinsamkeit — vom Totenbett des Oheims flog ich zur Stätte, die mein ganzes Glück umschloß — ich fand sie nicht wieder, als gräßliche Bestätigung einer Unheilssahnung nur einen rauchenden Trümmerhaufen — Schutt, Asche — und unter ihnen mein Weib, mein Kind begraben!

Eine kalte, stürmische Herbstnacht des Jahres 1704 war's, als, wie ich später nach und nach in Erfahrung brachte, eine Horde Bewaffneter das einsame Waldschloß überfiel, mein armes Weib lag eben krank in ihrem Schlafgemach, unfähig, sich von ihrem Lager zu erheben, im Schutz seiner Wärterin schlummerte mein Sohn. Nachdem die Thore geschlossen waren, hatte sich die kleine Zahl der Diener zur Ruhe begeben, als der unerwartete Ueberfall sie emporschreckte. Mordbrenner waren es, versprengte Banden der Armee, die König Stanislaus gebildet.

Mein Weib war sehr zart, der plötzliche furchtbare Schrecken endete ihr Dasein, als die Bande in ihr Gemach drang, während die entsetzte Dienerschaft ihr Heil in der Flucht suchte und die Schaar der Plünderer sich durch die Räume ergoß. Unter den Fliehenden befand sich auch meines Kindes Wärterin. Die Glende hatte, nur auf eigene Sicherung bedacht, in feiger Angst des Pflöglings vergessen und den Knaben in seinem Bettchen liegen lassen.

Ueber Biege und Totenbett schlugen kurz darauf prasselnd die Flammen meines Schlosses zusammen. — Ich hatte Kind und Gattin verloren — niedergebrannt war meines stillen Glückes Stätte.

War es die Teilnahme für den Grafen Michael allein, die des jungen Mannes seelische Erschütterung in seinen Zügen widerspiegelte? Schwer hob und senkte sich seine Brust, ein unwillkürliches Zittern ließ die kräftige Gestalt erschauern.

„Graf Michael“ — die Stimme drohte ihm zu versagen — „in einer Herbstnacht des Jahres 1704, sagiet Ihr, geschah der Frevel, vier Jahre zählte Euer Knabe, plötzlich verließ Stanislaus Leszczyński das Polenreich, um jene Zeit —“

„Die Nacht des zehnten Oktober jenen Jahres war es, die meines Daseins Freunde einsargte“ gab Graf Michael zurück.

„Die Nacht des zehnten Oktober? laut schrie Rasimir auf, „allmächtiger Gott — Vergangenheit dämmert mir, durch des Grimmerigen Zaubersstab hervorgerufen, vor meinem Geiste auf — verworren zwar, aber ich sehe in meinem Geiste, wie durch traumhafte Schleier hindurch, ein großes Gemach, wilde Männer dringen ein, ein dichter Rauch dringt ins Zimm-

Ich springe aus meinem Bett, getrieben von Angst durchrenne ich die Säle, wüste Gestalten — kein bekanntes Gesicht — hinunter die Stiegen — fort, nur fort — hinein in den nahen Wald — im tiefsten Dickicht mich zu verbergen.

Durch das Gebüsch leuchten die lohenden Flammen des Schlosses — ich verliere das Bewußtsein — Stunden lang — ein Reitertrupp kommt daher, erbarmend hebt sein Führer den halb erstarrten Knaben im Nachgewande zu sich aufs Pferd. Nicht verweilen durfte mein Retter, nach meinem Heim zu forschen, des Kindes Sinne waren durch die furchtbaren Ereignisse jener Nacht verwirrt und erschüttert, es hatte vergessen, was ihm geschehen. Sein Retter aber, der den Knaben in seines Mantels Falten hüllte, ihn wärmte an seiner Brust — er war ein Flüchtiger, Verfolgter selber — war Stanislaus Leszczyński, Polens vertriebener König.“

Ein Schrei entrang sich Graf Michaels Brust, es klang, als ob eine erzene Glocke springe, der gewaltige Mann schwankte wie ein schwaches Kind.

„Stanislaus Leszczyński“, wiederholte er, „er des Knaben Retter — und ich, ich —“

Mit beiden Händen preßte er die fieberglühende Stirne, dann aber rief er: „Und jener Knabe — Rasimir — jener Knabe —?“

„Jener Knabe“, antwortete Rasimir in nicht geringer Erregung, „wurde treu behütet vom verbannten König Stanislaus. Wohl forschte dieser von Weissenburg aus nach seiner Herkunft, doch es fand sich keine Spur. So wuchs er heran unter des gütigen Mannes Leitung und Obhut. Namen und Titel verlieh ihm der Edle, der ihn als zweiten Vater verehrt, und den einst zu schützen, ja für ihn zu sterben, wenn es sein mußte, er der Freundin seiner Jugend schwur in der Abschiedsstunde im Garten zu Weissenburg. Und jener Knabe — immer höher stieg Rasimirs Erregung, sein Auge leuchtete im Strahl der Begeisterung — „jener Knabe, der, zum Manne gereift, hinauszog in sein Vaterland, wohin ihn Sehnsucht trieb, der zu forschen gedachte nach Deinen, die ihm das Dasein erschlossen, es aber bald als aussichtslos aufgab — jener Knabe — jener Mann — bin ich — ich Graf Michael — und ich suche nicht mehr —“

„Mein Sohn!“

Rasimir sank in die Arme des so wunderbar gefundenen Vaters, sie hielten sich fest umschlungen, Minuten der Seligkeit zogen an ihnen vorüber.

In hastigem Laufe stürmte es daher über den Gang, hastig ward die Thür aufgerissen, verstört in höchster Aufregung, eine Pistole in der Hand, stürzte Junker Andreas in das Gemach des Gefangenen.

„Man überfällt uns!“ rief er, „wir müssen fliehen, bewaffnete Volkshaufen kommen die Straße von Praga her gezogen, bis hierher dringt schon ihr Geschrei — Stanislaus —“

Er hielt inne, wie erstarrt von dem Anblick, der sich ihm darbot, seine Augenschienen aus ihren Höhlen quellen zu wollen, heiser, tonlos klang seine Stimme:

„Was ist das — — —?“

Verklärten Blickes wandte sich Graf Michael zu seinem Neffen: „Das ist das Zeugnis, Andreas, daß es einen Gott der Gnade giebt. Unseres Geschlechtes ist dieser, er ist mein Sohn, meiner legitimen Ehe Sproß und mein Erbe, Dein Vetter: Feodor Krasinski!“

Wid lachte Andreas auf. „Oher nenne ich den Bösen meinen Vetter“, schrie er auf. „Seid Ihr auch schon umgarnt von des Gleichniss Märchen? Und wäre es selbst wahr, ein Dieb ist er für mich, ein Räuber, die Braut stahl er mir und nun mein Erbe! Soll das Blut uns verbinden, nun so geschehe es!“

Ein Knall erschütterte die Luft, zum zweiten Male in kurzer Frist richtete sich einer Mordwaffe Lauf auf Rasimir, aber die Kugel traf nicht die Brust, für welche sie bestimmt war. Graf Michael hatte die Absicht des bis zum Wahnsinn erhitzten Andreas erraten und sich im entscheidenden Augenblick vor seinen Sohn geworfen, dem Bedrohten als Schutzwall dienend. Dicht am Herzen traf ihn seines Neffen Schuß — mit verzerrtem Anlitz starrte der Mörder einen Moment lang an, was er gethan, dann mit einem Fluch auf den Lippen, wandte er sich zu hastiger Flucht, während durch die geöffnete Thür von fernher ein dumpfes Brausen, wie das Durcheinander von Menschenstimmen und Pferdegetrapp ertönte. Nun kam es näher, deutlich ver-

lebe Stanislaus der Gute, Heil Polens König! klang es durch die Nacht. Einige Schüsse fielen, als ob eine schwache Verteidigung, ein Widerstand der Verzweiflung den Strom der Masse hemmen wolle, die sich jetzt bereits durch des Schlosses Hallen und Korridore ergoß, aber bald verstummten sie und von Neuem tönte es: „Heil Polens König, Stanislaus der Gute lebe!“

„Rasimir!“ deutlich vernahm der junge Mann die so lange nicht gehörte Stimme seines königlichen Wohlthäters, „Dich zu retten komme ich, bist Du in diesen Räumen?“

In seinen Armen hatte der junge Mann den tödlich Verwundeten gehalten, aus dessen Brust sich ein Strom dunklen Blutes ergoß. Sanft bettete er den Vater nun auf das harte Lager, das ihn selber getragen, was kümmernte ihn seine eigne Wunde, was ein körperlicher Schmerz, wo seine Seele Unbeschreibliches litt?“

Er trat an des Einganges Schwelle. „Hier, König Stanislaus“, rief er, „Hier ist Rasimir!“

In einen dunklen Reitermantel gehüllt, das Haupt mit einem sammtnen Barret bedeckt, das eine kostbare schwarze Feder überragte, betrat Stanislaus Leszczyński hastig das Zimmer.

„Sei mit dankerfülltem Herzen gegrüßt, Rasimir“, rief er, den jungen Mann in seine Arme schließend, „Du, mein Retter, der sein Leben einsetzte für meine Sicherheit. Zu rechter Zeit traf mich Dein warnender Bote. Zurück nach Praga sprengte ich mit den wenigen treuen Begleitern, ich wußte die Bewohner der Stadt meiner Sache wohlgesinnt, in ihrer Mitte warf ich die Hülle ab, in der ich mich geborgen; um Deinetwillen that ichs, Rasimir, um Deinetwillen bewaffnete ich diese Schaar.“

Diese Treuen sind ausgerüstet, für Dich einzutreten, Dich zu schützen, zu retten; denn Gott ist mein Zeuge, nicht um für meine Person den Bürgerkrieg zum zweiten Male zu entfachen, stahl ich mich über meines Reiches Grenze, mit eigenen Augen wollte ich sehen, prüfen und, müßte es sein, aus eigener Wahl entsagen.

Gott wollte es anders, ich beuge mich seinem Willen. Nun sei nochmals gegrüßt, mein Sohn!“

„Ewig Euer Schuldner, Sire, aber nicht mehr Euer Sohn“, sagte Rasimir tief erschüttert, „denn der Allmächtige ließ mich in dieser Nacht meinen leiblichen Vater finden, den Grafen Michael Krasinski — aber nur, um ihn durch die Unthat seines Neffen wieder zu verlieren, vor dessen Mordwaffe mich seine Brust deckte, die statt der meinigen getroffen ward.“

„Ist es möglich?“ rief Stanislaus, an das Lager des Verwundeten eilend.

„Ja, es ist so, König Stanislaus, dieser hier ist mein ehelicher Sohn, Feodor Krasinski“, flüsterte Graf Michael, der bei vollem Bewußtsein war, obwohl der nahende Tod bereits sein unverkennbares Zeichen auf seine Züge geprägt.

„Welch“ wunderbares Walten des Schicksals“, sagte Stanislaus ergriffen. „So ist denn endlich die Stunde gekommen, Michael, die ich so oft ersehnt, wo ich hintreten kann zu Dir und Dich fragen, Michael Krasinski, was that ich Dir?“

Der Sterbende streckte beide Hände dem Könige entgegen.

„Nur Gutes, Stanislaus Leszczyński“, sagte er mit schwacher Stimme, „während ich Dich haßte als meines Glendes Urheber, mein Tod mag meine Sühne sein. Unter des Vaterlandes heiligem Schild barg ich den eigenen Haß der Welt, sie soll wissen, daß dieser mein Sohn und Erbe; ihm, als dem Haupt der Krasinski, wenn ich gestorben, vermähle ich meine Nichte Baleska. — Vergieb — Stanislaus“ das Wort erstarr in seinem Munde, ein neuer Blutstrom entquoll der mächtigen Brust, noch ein Dehnen, ein Nöcheln, ein letzter Blick auf Rasimir, der weinend an des Sterbenden Lager kniete, und Graf Michael Krasinski's Auge brach.

Auf des Toten Stirn drückte der junge Mann seine Lippen, indem er sanft seine Augen udrückte, während die Menge, die das Gemach und den Korridor erfüllte, entblößten Hauptes stand, schweigend, erschüttert.

Nun teilte sich der Kreis, von dem jüngeren der Vetter, dem Grafen Kaver gefolgt, durchschritt Baleska Krasinski die Reihen, ein schwarzes, langschleppendes Gewand umhüllte die Gestalt des jungen Mädchens, ein Kreppschleier um das Haupt, wie ein Mantel bis zur

Ihr entgegen eilte Rasimir und nahm ihre Hand. „Baleska“, sagte er mit leiser Stimme „Feodor Krasinski, Dein Vetter, Dein Verlobter, nach dem Geheiß meines toeben verschieden Vaters, heißt Dich willkommen. Vordoppelter Majestät beuge Deine Knie an dieser Stätte, vor der Majestät des Todes, vor der irdischen Majestät. Auf Deine Gebete harret Michael Krasinski, meines Vaters Seele, Deiner Guldigung Stanislaus der Gute, unser König.“

Während Stanislaus sich dann gegen Rasimir wandte, um diesem seine Braut zuzuführen, sah er plötzlich den Mann wanken und erbleichen — der Schmerz der Wunde, die hohe Erregung der letzten Stunde hatten endlich seine stählerne Kraft erschöpft. Der König und Baleska leiteten den halb Ohnmächtigen zu einem der Stühle, während Ersterer so schnell als möglich einen Wagen nach Praga zu senden gebot, um einen Arzt herbeizuholen.

Dem Verräter Gabriac war es im Getümmel des Ueberfalles möglich gewesen, zu entkommen. Andreas Krasinski floh, wie von verfolgenden Dämonen gepeinigt, noch in derselben Nacht aus seinem Vaterlande; er trat als Offizier in russische Dienste; ein von ihm in roher Weise provoziertes Duell mit einem seiner Kameraden machte seinem unrühmlichen Dasein schon bald darauf ein Ende.

An Stanislaus Leszczyński's Seite aber kämpfte und stritt Graf Michaels Sohn, Feodor Krasinski, dessen Jugendkraft sich schnell von der erlittenen Verwundung erholt hatte. Gegen seine Ansprüche als Erbe Michaels, die durch die im Turmgemach des Einsiedlers gefundenen Papiere in mehr als einer Hinsicht bestätigt wurden, erhob sich keinerlei Einrede von irgend einer Seite, zumal er in großmütigster Weise die Zukunft Kavers, seines einstigen Gegners, durch Schenkung eines zur Herrschaft Krasinski gehörenden Gutes, sicher gestellt hatte, so daß Feodor nunmehr das anerkannte Haupt des Hauses Krasinski war. Der Zigeunerhauptmann Janko, die alte Petronella und ihre Schaar waren von Stanislaus und Feodor fürstlich belohnt worden und priesen den guten König und seinen tapferen Ritter, wohin sie auf ihren Reisen kamen. — An der Seite Maria Leszczyński, der einsam in Fontainebleau weilenden Gattin Ludwig VI., hatte Baleska Krasinski ein Asyl gefunden, bis sie des Priesters Segen mit dem Geliebten eintrug. Mit Frankreichs Souveränin forgte und bangte sie, je mehr sich abermals das Glück von Stanislaus wandte. Übermals als Flüchtling mußte Stanislaus, nachdem Danzig, das letzte Bollwerk seiner Sache, kapituliert und Sachsens Kurfürst den Eid der Treue geleistet hatte, die Heimat unter Mühen und Gefahren verlassen — ein gebrochener Mann. Sein einziger Begleiter, sein Schutz, sein Schirm war Rasimir, den der König, früherer Zeiten eingedenk, noch immer den einstigen Pflögel nannte. —

Nach den Wiener Friedenspräliminarien vom 3. Oktober 1735 mußte Stanislaus der polnischen Krone feierlich entsagen; er erhielt jedoch auf Lebenszeit den Titel eines Königs zugesprochen, wie man auch die in Polen eingezogenen Güter freigab. Zum Herzog von Lothringen und Bar ernannt, residierte er fortan in Lunerville, erwarb sich bald die allgemeine Sympathie seiner neuen Unterthanen und von der Geschichte den Ehrentitel des besten Fürsten seiner Zeit. Dicht bei Lunerville weilte fortan auch auf einem ausgedehnten, freundlichen Gute an der geliebten Gattin Seite Graf Feodor Krasinski. Er hatte seine polnischen Güter außer dem Stammschloß Krasinski, das ein erprobter Beamter verwaltete, verkauft, und die Heimat für immer verlassen, die seinen Wohlthäter und ihren rechtmäßigen Herrscher verstießen. Eines ungestörten Glückes genoß das auf so wunderbare Weise vereinte Paar, dem holde Kinder heranwuchsen; Feodor und Baleska waren befreit, auch in ihrem kleineren Kreise dem König nachzuahmen nur Gutes zu thun, wie er, nach besten Kräften. So kam es, daß man in Lothringen nicht nur noch unter späteren Generationen von dem „guten Könige Stanislaus“ zu erzählen wußte, sondern auch die ergreifende Jugendgeschichte von „des Königs Pflögel“ kannte und als Traditon den folgenden Geschlechtern überlieferte.

Druck und Verlag der Buchdruckeret der Thorner Ostdeutschen Zeitung, Ges. m. b. H., Thorn.